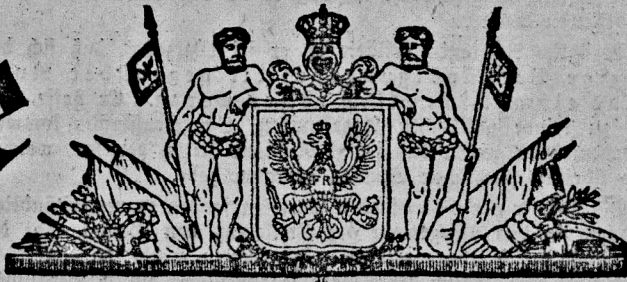


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

1 Mark
(Ausland: 3 M.)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 28 Mark; unter Streifband 68 Mark im Inland, 80 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark, Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11832. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonto Berlin 660.

Die Vorkonferenz der Neutralen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Bern, 4. April.

Von der neutralen Vorkonferenz für Genua, die morgen nachmittag im Beratungssaal der Schweizerischen Nationalbank zusammentritt, spricht man hier möglichst wenig. Man wünscht offenbar nicht, daß die Genua-Konferenz den Eindruck erhalte, die Neutralen kämen als ein geschlossener Block nach Genua, um dort einige ihrer vielen gemeinsamen Interessen zu vertreten. Zu einer solchen offenen neutralen Bündnispolitik, die schon oft in schweizerischen Zeitungen vertreten wurde, fehlt offenbar allen Neutralen noch der Mut.

Als Auftakt zu der morgigen Konferenz, an der die Sachverständigen von Dänemark, Schweden und Norwegen, Holland, Spanien und der Schweiz teilnehmen werden, fand heute nachmittag eine Sitzung des Bundesrats statt, in der die beiden Delegierten zur Konferenz von Genua, die Bundesräte Motta und Schulthess über die bisherigen Beratungen der schweizerischen Sachverständigen Nationalrat Frey und Präsident des schweizerischen Bankvereins Dubois berichteten. Der Bundesrat stellte seine Anträge zu der Neutralen-Konferenz fest, die morgen nachmittag 4 Uhr unter dem Vorsitz von Bundesrat Schulthess eröffnet werden wird. Am Sonnabend wird der Bundesrat dann mit den hier durchreisenden Delegierten der neutralen Staaten eine Besprechung abhalten, und am Sonntag früh werden die Schweizer Delegierten nach Genua reisen.

Die Vorberatungen der Entente.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 4. April.

Der „Temps“ berichtet, bis heute sei bei der französischen Regierung kein offizieller Schritt unternommen worden, um die französische Delegation für Genua zur Teilnahme an einer Vorbesprechung der verbündeten Mächte einzuladen. Man scheint von italienischer Seite den französischen Delegierten nur nahegelegt zu haben, gleich den Engländern etwas früher in Genua einzutreffen. Lloyd George hat scheinbar nicht den Wunsch, sich auf der Durchreise in Paris aufzuhalten. Er habe aber angeblich die Absicht geäußert, durch die italienische Delegation in Genua Vorberatungen organisieren zu lassen, an denen er persönlich teilnehmen wolle.

Poincaré hat auf morgen nachmittag die französischen Delegierten und Sachverständigen für die Konferenz von Genua zusammenberufen, um ihnen die letzten Anweisungen zu erteilen.

Ein Vorstoß der Unionisten?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

London, 4. April.

Die gestrige Rede Lloyd Georges wird in allen politischen Kreisen lebhaft besprochen. Ueberall herrscht der Eindruck vor, daß sie keine seiner größten Anstrengungen darstellt. Die letzte Kabinettsitzung vor der Abreise des Premierministers nach Genua wird morgen stattfinden, wahrscheinlich wird er noch vor seiner Reise vom König empfangen werden.

Im Unterhause werden morgen Abend Die-Sards den Versuch machen, Lloyd George noch einmal zum offenen Kampf herauszufordern. Sie Johnsonicks wird eine Lloyd George feindliche Resolution einbringen. Die Debatte wird aber keinen allzu heftigen Charakter annehmen. Es ist auch nicht sicher, ob sich Lloyd George daran beteiligen wird.

Keine französische Dienstzeitverkürzung.

Ablehnung der einjährigen Dienstzeit.

Paris, 4. April. (E. C.)

Bei der Beratung der neuen Militärgesetze in der französischen Kammer beantragte der Abgeordnete Benazet eine einjährige Dienstzeit. Der Generallieutenant Fabry und General Castelnau forderten die Ablehnung des Antrages. Poincaré erklärte, daß die Einführung der einjährigen Dienstzeit zurzeit eine Unmöglichkeit sei. Technisch sei sie nur unter gewissen Voraussetzungen möglich. Es müßte eine andere Organisation der Armee zur Durchführung kommen. Die Regierung sei entschlossen, eine Verringerung der Heereslasten durchzuführen, schon um die Verleumdungen aus der Welt zu schaffen, von denen Frankreich verfolgt werde. Dennoch müsse Frankreich sich die Mittel zu seiner Sicherheit erhalten. Dies sei schon ein Erfordernis zur Durchführung des Friedensvertrages. Sobald die Umstände es erlauben

würden, werde die gegenwärtige Regierung die erste sein, die eine Herabsetzung der Rüstungen beantragen werde. Die Regierung nehme alle Verantwortung auf sich.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Benazet auf Einführung der einjährigen Dienstzeit mit 314 gegen 227 Stimmen abgelehnt.

Die Rede Lloyd Georges wird von den Pariser Morgenblättern freundlich beurteilt. Die Abendblätter äußern sich wesentlich zurückhaltender, was darauf hindeuten scheint, daß die Presse mittlerweile von der am Quai d'Orsay herrschenden Meinung über ihre Auffassung unterrichtet worden ist. Die Zeitungen deuten an, daß sie von der Aufrichtigkeit Lloyd Georges keineswegs überzeugt sind und betonen, daß Frankreich in Genua mehr als je auf seiner Hut sein muß.

Der „Temps“ glaubt, aus der gestrigen Unterhausrede Lloyd Georges schließen zu müssen, daß in Genua das Reparationsproblem zur Sprache gebracht werden könne, und äußert deshalb seine lebhafteste Beunruhigung. Würde Lloyd George seine in der Reparationsfrage gestern vertretene Ansicht beibehalten, dann würde er mit der deutschen Abordnung in Meinungsverschiedenheiten geraten. Es sei aber kaum anzunehmen, meint das Blatt, daß Lloyd George tatsächlich derartige Meinungsverschiedenheiten aufkommen lassen werde. Deshalb müsse die französische Abordnung alle Energie und Wachsamkeit aufbieten, um die Rechte Frankreichs zu verteidigen. Lloyd George werde fraglos den Versuch machen, die Reparationsbeschlüsse revidieren zu lassen. Seine Rede habe gezeigt, daß man ihn von diesem Gedanken nur abbringen könne, wenn Frankreich seine Forderungen energisch verteidigen werde.

Beresh über Genua.

Die Notwendigkeit der Konferenzen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Prag, 4. April.

In der heutigen Sitzung des Außenausschusses sprach Ministerpräsident und Außenminister Dr. Benesch über die Konferenz von Genua. Die Idee der Konferenz sei eine logische Folge der heutigen internationalen politischen und wirtschaftlichen Situation. Die europäischen Nationen seien durch den Krieg, durch die Kämpfe während der Zeit der Friedenskonferenz und durch das Ringen um die Rekonstruktion des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der letzten Jahre ermüdet. Aus dieser Ermüdung entwickelte sich das Bedürfnis nach Ausgleich, dem die Washingtoner Konferenz, die verschiedenen Konferenzen zwischen den Verbündeten und Deutschland, die Brüsseler Finanzkonferenz, die Beratungen des Völkerbundes und schließlich die Konferenz von Genua ihren Ursprung verdanken. Es sei zwar wahr, daß auf die Einberufung der Konferenz von Genua gewisse Rücksichten der inneren Politik in einzelnen Staaten Einfluß hatten, aber in der internationalen Gesamtsituation sei dieser Einfluß verhältnismäßig gering. „Man braucht Konferenzen“, sagte der Ministerpräsident, „es sei nur an die wirtschaftliche Krise in Ungarn und die verschiedenen schwierigen Fragen des englischen Imperialismus, die finanzielle und wirtschaftliche Situation Frankreichs und das wirtschaftlich verschuldete Deutschland mit dem ganzen Reparationsproblem erinnert, dessen Lösung und endliche Stabilisierung wir alle im Interesse des europäischen Friedens und der Ruhe aufs innigste wünschen.“

Die Ursachen dieser schwierigen Situation hätte man vielfach aus den Friedensverträgen ableiten wollen, aber sie liegen tiefer als in dem bloßen Letzte der Friedensverträge. „Es war natürlich und logisch“, fuhr der Ministerpräsident fort, „daß die Genueser Konferenz sich nicht mit dem Friedensvertrag befassen konnte und kann. Es würde das bedeuten, ganz Europa nochmals in die Siedehitze zu bringen und abermals alle möglichen Leidenschaften, Zwistigkeiten, Ausdrücke des Hasses und Revancheeideen hervorzuwachen. Hierdurch würde die Konferenz keineswegs der Ausgang des Wiederaufbaus werden, sondern der Ausgang der vollständigen Zerrüttung Europas. An der Genueser Konferenz beteiligen sich viele neutrale Staaten, die kein Interesse daran haben, sich in den Streit zwischen den ehemaligen Feinden im Weltkriege einzumischen, und die sich auch mit dieser Frage nicht befassen wollen. Endlich geht aus dem Stande der politischen Situation in Europa überhaupt hervor, daß die Großmächte von dem Range Frankreichs, Deutschlands und Englands die Streitigkeiten von der Art, wie sie die Reparationen sind, vor allem selbst lösen wollen.“

Drei führende Motive charakterisieren die Schmerzen des gegenwärtigen Europa, und diese verbleiben als Programm der Konferenz von Genua:

1. Der Wiederaufbau Rußlands und Einleitung von Beziehungen zu ihm.
2. Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den übrigen Staaten dadurch, daß verschiedene Reformen in den Finanz- und Handelsverträgen der einzelnen europäischen Staaten durchgeführt werden. Das bezieht sich namentlich auf die kleineren Staaten und die neuen Staaten in Mitteleuropa, auf deren Finanzwirtschaft, ihre Export- und Import- und Valutafragen.
3. der Versuch, zum ersten Male nach dem Weltkriege im direkten Verkehr alle ehemaligen feindlichen Staaten in

Verbindung mit dem neutralen Auslande zu bringen, um den Versuch einer Erneuerung der gemeinsamen europäischen Interessen zu machen und hierdurch die frühere Kriegspsychologie zu beseitigen, die auch jetzt nach dem Kriege existiert.“

Der Ministerpräsident führte über die russische Frage aus u. a.: „Die Konferenz wird die Bedingungen für den Verkehr mit Sowjetrußland in folgenden Fragen auszuarbeiten haben: 1. Es wird die Liquidierung der alten russischen Verpflichtungen aus der Vorkriegszeit durchgeführt, d. h. der öffentlichen und privaten Schulden des ehemaligen russischen Kaiserreiches, 2. wird es sich um die Konstituierung einer ständigen Kommission handeln, welche die Kontrolle dieser alten Verpflichtungen aufstellt, und der spezielle Rechte zugeteilt würden. Die Frage dieses Rechts ist bisher unter den einzelnen Verbündeten strittig. 3. Die Frage wird geprüft, bis zu welchem Maße die Investierung ausländischen Kapitals in Rußland möglich ist, und die, welche rechtliche Normen und Bedingungen zu schaffen sind. Ferner die Frage der persönlichen Sicherheit der Ausländer, die Frage der Konsularrechte und die Frage der Gerichte und der Gültigkeit der Gerichtsurteile sowie die Frage der Teilnahme fremder Gerichte, eventuell gemischter Gerichte in Streitigkeiten zwischen Russen und Ausländern.“

4. Dann wird die Methode der praktischen Wiederaufbauarbeit auf russischem Gebiet erörtert werden.

Schon daraus geht hervor, daß die Verhandlungen mit Rußland hauptsächlich wirtschaftlicher Art sein werden, über die eine Verständigung im großen und ganzen leicht sein dürfte. Weniger leicht wird eine Verständigung in der Beurteilung rein politischer Fragen erzielt werden können, namentlich in der Angelegenheit der Anerkennung Sowjetrußlands de jure. Nach der Resolution von Cannes hätte Rußland anerkannt werden sollen, wenn es alle in der Resolution ihm auferlegten Bedingungen angenommen hätte. Heute besteht nur eine Differenz darüber, ob die einfache Annahme aller dieser Bedingungen genügt, oder ob die Konferenz von Genua von den Sowjets spezielle Garantien fordern wird. Was den Standpunkt der Tschekoslowakei in dieser Frage anbelangt, erklärte der Minister: „Im Hinblick auf mögliche Vorkommenisse bei der Konferenz von Genua behalten wir uns die Handlungsfreiheit in den russischen und anderen Fragen vor.“

Der Ministerpräsident ging dann auf die Probleme des Wiederaufbaus des wirtschaftlichen Lebens und des Handels in Europa ein; er sagte: „Nach den bisherigen Vorbereitungen denkt man an die Errichtung von zwei oder drei Spezialkommissionen, die sich mit folgenden Fragen zu befassen haben:

1. Regelung der staatlichen Finanzwirtschaft;
2. Valutaprobleme;
3. die Frage der Emissionsbanken;
4. die Frage der Organisation des Kredits, namentlich des internationalen Kredits;
5. die Frage der Erweiterung der Ein- und Ausfuhr und des allgemeinen Konsularstatuts;
6. Erhöhung der Rechtssicherheit der Ausländer in den Fragen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und Schutz des Industriellen, literarischen und künstlerischen Vermögens;
7. Garantien betreffs Zulassung der Ausländer in die einzelnen Staaten zur wirtschaftlichen Betätigung;
8. Beseitigung aller Hindernisse im internationalen Verkehr zu Lande und zu Wasser, namentlich aber die Frage der Tarifpolitik.“